

Der Minister

Ministerium für Arbeit,  
Gesundheit und Soziales  
des Landes Nordrhein-Westfalen

Gemeinsam für ein soziales Nordrhein-Westfalen



Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

An den Ministerpräsidenten  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Herrn Dr. Jürgen Rüttgers  
Düsseldorf

Datum: 28. Februar 2010

Seite 1 von 4

Aktenzeichen VA 2 - 5207.011  
bei Antwort bitte angeben

RD'in Sennewald

Telefon 0211 855-3434

Telefax 0211 855-3717

corne-

lia.sennewald@mags.nrw.de

**Kostenentwicklung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

in Nordrhein - Westfalen haben die Landschaftsverbände, die Kommunen, die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und das Land in den letzten Jahren gemeinsam große Anstrengungen unternommen, um Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Wohnen, Arbeiten und eine Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen. So ist es z.B. gelungen, ein flächendeckendes und dichtes Netz an ambulanten und stationären Angeboten für Menschen mit Behinderungen aufzubauen. Gleichzeitig ist es gelungen die einschlägigen fachlichen Hilfen weiterzuentwickeln und die durchschnittlichen Fallkosten zu senken. Ursächlich hierfür sind neben der Zusammenführung der Zuständigkeiten für alle Unterstützungsleistungen zum Wohnen bei den Landschaftsverbänden

auch die Rahmenzielvereinbarungen zwischen den Landschaftsverbänden und der Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege. Zwei zentrale Inhalte der Rahmenzielvereinbarungen sind die gemeinsamen Bemühungen eine zunehmende Zahl von Menschen mit Behinderung bedarfsgerecht ambulant und nicht stationär unterstützen zu lassen sowie die Bereitschaft der Freien Wohlfahrtspflege einer Steigerung der Leistungsentgelte unterhalb der allgemeinen Kosten- und Tarifsteigerungen für die Zeit bis Dezember 2011 zuzustimmen.

Dieser NRW-Weg hat nicht nur zu einer besseren Versorgung von Menschen mit wesentlichen Behinderungen geführt. Er hat gleichzeitig zu einer Senkung der Fallkosten beigetragen. Dennoch ist unsere große Sorge in diesem Zusammenhang die Kostenentwicklung der Eingliederungshilfe. So sind die Ausgaben von 2,4 Mrd. Euro im Jahr 2005 auf bereits 2,8 Mrd. Euro im Jahr 2008 gestiegen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Zahl der Menschen mit Behinderungen, die auf Leistungen der Eingliederungshilfe angewiesen sind, kontinuierlich ansteigt. Insbesondere der im Vergleich zur Gesamtbevölkerung niedrigere Altersdurchschnitt behinderter Menschen und der medizinische Fortschritt sind hier als Gründe zu nennen. Dadurch bedingt verlassen weit weniger Menschen das Hilfesystem als neue junge Menschen hinzukommen. Eine Steigerung der Zahl der Menschen, die auf Eingliederungshilfen angewiesen sind, ist somit unvermeidlich.

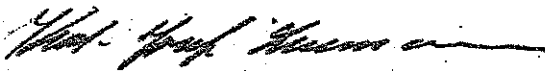
Diese Entwicklung findet in einer Situation statt, in der die kommunalen Einnahmen deutlich zurückgehen und in der die kommunale Familie und die Freie Wohlfahrtspflege die steigenden Kosten für diese auf besondere Unterstützung der Gesellschaft angewiesene Personengruppe nicht mehr alleine auffangen können.

Um auch zukünftig im Sinne der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen das bereits Erreichte zu sichern und darüber hinaus die bestehenden Angebote bedarfsgerecht anzupassen,

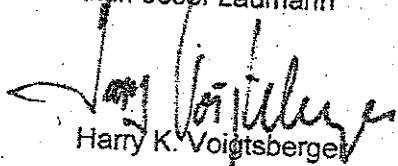
sind wir daher in einem gemeinsamen Gespräch am 03. Februar 2010 zum Ergebnis gekommen, diese Problematik an Sie heranzutragen.

Konkret bitten wir Sie, diese Thematik in die Gesprächsrunde mit Vertretern des Bundes, der Länder und der Kommunen über die Kommunalfinzen einzubringen und als zusätzliches Argument für eine Neuverteilung des Steueraufkommens zu nutzen. Um deutliche Verwerfungen für die Leistungen für Menschen mit Behinderung zu verhindern, halten wir eine spezifische finanzielle Bundesunterstützung der Kommunen für dieses Arbeitsfeld für notwendig. Wir gehen angesichts des einstimmigen Beschlusses der Arbeits- und Sozialministerkonferenz vom November 2009 zur Forderung nach einer Bundesbeteiligung bei der Eingliederungshilfe davon aus, dass dieser Vorschlag auch Unterstützung bei den anderen Ländern findet.

Mit freundlichen Grüßen



Karl-Josef Laumann



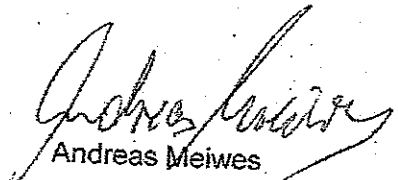
Harry K. Voigtsberger

Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland



Dr. Wolfgang Kirsch

Direktor des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe



Andreas Meiwes

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen

Beschluss zur Vorlage Nr. 13/144:

"Der Landschaftsausschuss fasst folgende Beschlüsse:

**1. LVR-Freilichtmuseum Lindlar und LVR-Freilichtmuseum Kommern**

1.1 Der Landschaftsausschuss hebt die Beschlüsse vom 19.02.2010 bezüglich der Benennungen der Mitglieder in den Ökologischen Beirat des LVR-Freilichtmuseums Lindlar sowie in den noch zu gründenden Ökologischen Beirat des LVR-Freilichtmuseums Kommern mit sofortiger Wirkung auf.

1.2 Der Landschaftsausschuss legt fest, jeweils 6 Mitglieder für den Ökologischen Beirat des LVR-Freilichtmuseums Lindlar und für den Ökologischen Beirat des LVR-Freilichtmuseums Kommern zu benennen. Fraktionen, die bei der Sitzverteilung nicht berücksichtigt werden, haben das Recht, ein beratendes Mitglied zu benennen.

1.3 Der Landschaftsausschuss beschließt die Änderung zu Ziffer 2 der Geschäftsordnung des Ökologischen Beirates des LVR-Freilichtmuseums Lindlar "Mitglieder des Beirates" gemäß dem der Vorlage Nr. 13/144 als Anlage 1 beiliegenden Entwurf einschließlich der im Landschaftsausschuss am 26.03.2010 ausgeteilten Änderungen.

Ziffer 2, Satz 1 lautet:

Der Landschaftsausschuss der Landschaftsversammlung Rheinland bestellt 6 Mitglieder sowie stellvertretende Mitglieder entsprechend den Regelungen für Ausschüsse und Kommissionen in den Ökologischen Beirat."

1.4 Der Landschaftsausschuss benennt mit sofortiger Wirkung nachfolgende Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder zur Wahrnehmung der Mitgliedschaftsrechte des LVR nach dem Verfahren Hare-Niemeyer in den Ökologischen Beirat des LVR-Freilichtmuseums Lindlar sowie in den noch zu gründenden Ökologischen Beirat des LVR-Freilichtmuseums Kommern:

LVR-Freilichtmuseums Lindlar:

Mitglied:

Die CDU wird 2 Mitglieder nachbenennen.

Ursula Mahler, SPD

Margarete Wietelmann, SPD

Manfred Winnen, Grüne

Ralf Wegener, FDP

stellv. Mitglied:

Martin Brink, SPD

Ursula Schulz, SPD

Renate Beisenherz-Galas, Grüne

Heinz-Josef Kremers, Grüne

Dr. Susanna Schreiber, FDP

Robert Wirtz, FDP

beratend:

Joachim Günther Gabriel, Linke.

Dr. Hans-Joachim Grumbach, FW/DF

Ulrike Detjen, Linke.

Henning Rehse, FW/DF

Heinz Bender, FW/DF

## LVR-Freilichtmuseums Kommern

### Mitglied:

Die CDU wird 2 Mitglieder nachbenennen.

Winfried Hergarten, SPD

Jens Bröker, SPD

Ralf Klemm, Grüne

Horst Pankatz, FDP

### stellv. Mitglied:

Schulz, Margret, SPD

Nicole Weiden-Luffy, SPD

Johannes Bortlitz-Dickhoff, Grüne

Heinz-Josef Kremers, Grüne

Ludwig Rossbach, FDP

Ralf Wegener, FDP

### beratend:

Ulrike Detjen, Linke.

Heinrich Schmitz, FW/DF

Joachim Günther Gabriel, Linke.

Erich Spies, FW/DF

Dr. Martina Flick, FW/DF

## **2. Sozial- und Kulturstiftung des LVR**

2.1 Der Landschaftsausschuss hebt die Beschlüsse vom 19.02.2010 bezüglich der Benennungen von Herrn Zimmermann als beratendes Mitglied in den Beirat der Sozial- und Kulturstiftung des LVR sowie von Herrn Golland als stellvertretendes Mitglied in den Vorstand der Sozial- und Kulturstiftung des LVR mit sofortiger Wirkung auf.

2.2 Der Landschaftsausschuss benennt mit sofortiger Wirkung Herrn Michael Nabbefeld als Stellvertreter im Falle der Verhinderung von Herrn Professor Patt in den Vorstand der Sozial- und Kulturstiftung des LVR (entsprechend Antrag Nr. 13/12 der CDU-Fraktion).

## **3. Stiftung Zollverein**

Der Landschaftsausschuss stimmt dem Verfahren zu Punkt 3 der Sachdarstellung zur Vorlage Nr. 13/144 zu.

## **4. Gemeinnütziger Bauverein Dülken e.G.**

Der Landschaftsausschuss nimmt die Ausführungen zu Punkt 4 der Sachdarstellung zur Vorlage Nr. 13/144 zur Kenntnis."